



Mechthild Rawert
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
Sprecherin der SPD-Landesgruppe Berlin

Mechthild Rawert, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unter den Linden
Raum 5.027

☎ (030) 227.737 50

📠 (030) 227.762 50

✉ mechthild.rawert@bundestag.de

Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin-Tempelhof

☎ (030) 720 13 884

📠 (030) 720 13 994

✉ mechthild.rawert@wk.bundestag.de

www.mechthild-rawert.de

Berlin, 1. Februar 2013

Rede Mechthild Rawert, MdB auf der Demonstration „Unsoziales Mietrecht stoppen!“ am 1.2.2013

Liebe Mieterinnen und Mieter,
liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

Familie sucht bezahlbaren Wohnraum, Studierende suchen eine Butze, die Rentnerin zahlt die Hälfte ihrer Rente für's Wohnen, Jugendliche wollen von zu Hause zwar ausziehen aber nicht gleich an den Stadtrand – wir alle kennen aus unserer Lebenswirklichkeit Fälle wie diese.

Nach Schätzung des Deutschen Mieterbundes fehlen aktuell 250.000 Mietwohnungen in Deutschland, vor allem in Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstädten. Die Folge sind drastisch steigende Mieten, insbesondere bei Neuvertragsmieten.

Fakt ist doch: Preissprünge von bis zu 10 Prozent innerhalb eines Jahres oder Mietforderungen, die mitunter 20 oder 30 Prozent und mehr über den Mieten in bestehenden Mietverhältnissen liegen, sind für den größten Teil der Mieterhaushalte nicht bezahlbar. Viele müssen schon heute durchschnittlich ein Drittel ihrer Konsumausgaben für das Wohnen, für Wohnung und für Betriebskosten ausgeben. Einkommensschwächere Haushalte zahlen teilweise schon mehr als 45 Prozent.

- es geht also auch um Verteilungsgerechtigkeit!
- es geht um die Rolle des Staates in der Wohnungspolitik

Wir protestieren hier, weil Schwarz-Gelb am 13. Dezember 2012 das Mietrechtsänderungsgesetz – gegen die Stimmen der Opposition selbstverständlich – beschlossen hat.

Dieses schwarz-gelbe Mietrechtsänderungsgesetz ist in Wahrheit ein Mietrechtsverschlechterungsgesetz.

Das Mietrecht in sich hat eine regulierende Form zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Mietern und den Eigentümern. Dieses Gleichgewicht ist durch dieses Mietrechtsverschlechterungsgesetz von Schwarz-Gelb gestört worden.

Das Mietrecht hat auch eine soziale Aufgabe. Diese soziale Schutzfunktion hat Schwarz-Gelb in Gefahr gebracht.

Schwarz-Gelb will uns für alle für dumm verkaufen!

- Schwarz-Gelb will uns weismachen, sie würden mit dieser Mietrechtsnovelle zur energetischen Gebäudesanierung im Zuge der Energiewende beitragen.
- Mal abgesehen davon, dass die schwarz-gelbe sogenannte Energiewende ein Kelch ohne Inhalt ist, ist es doch gesellschaftlich unsozial:
 - In solchen Fällen sind nun Minderungen der Miete durch die Mieterinnen und Mieter für drei Monate ausgeschlossen. Erst wenn die Wohnung durch die Bauarbeiten zeitweilig unbenutzbar wird, gilt das Minderungsrecht. Hier wird die Waffengleichheit eklatant zu Lasten der Mietenden verletzt.

Wir stehen hier vor dem Bundesrat.

Die sozialdemokratisch geführten Länder schlagen heute mieterfreundliche Regelungen vor:

erstens:

Die Mieten sollen nur noch maximal 15 Prozent innerhalb von vier Jahren – bisher waren es 20 Prozent innerhalb von 3 Jahren.

zweitens:

Die Modernisierungsumlage soll von 11 Prozent auf 9 Prozent reduziert werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollten den Vermittlungsausschuss anrufen. Wir wollen die Mieter vor bedrohlichen Mietsteigerungen schützen. Wir wollen das schwarz-gelbe Mietrechtsverschlechterungsgesetz wieder ändern.

Leider vereitelt dieses die Berliner CDU! Sie stimmt der Einberufung des Vermittlungsausschusses nicht zu.

Schwarz-Gelbe Wirklichkeit wird werden:

- die Umlagefähigkeit von Modernisierungskosten bleibt bei 11 Prozent
- es wird keine Begrenzung von Mieten bei Neuvermietung geben, diese Regelung ist deshalb so tückisch, weil die höheren Mieten in die Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmieten einfließen. Da kommt es zu Mietssteigerungen im ganzen Kiez!
- Der Ausschluss von Mietminderungsregelungen durchbricht das Äquivalenzprinzip des Vertragsrechtes.

Ich sage

- Das ist nicht nur eine verpasste Chance im Interesse der Mieter und der Mieterinnen.

- Mich empört dieses Verhalten der CDU Berlin auch sehr!
Schließlich ist Berlin ist eine Stadt der Mieterinnen und Mieter – und soll Berlin auch bleiben!

Wir werden uns das alle merken: Die schwarz-gelbe Mietrechtsnovelle ist unsozial!

- nun kann die Miete alle drei Jahre um 15 Prozent erhöht werden. Das bedeutet eine Verdoppelung der Miete innerhalb von 15 Jahren! Hinzu kommen noch die steigenden Strom- und Heizkosten.
- Unter dem Vorwand der Klimapolitik werden Maßnahmen eingeführt, die die Schutzfunktion des Mietrechts für Mieterinnen und Mieter aushöhlen.

Die Bundestagswahl ist auch eine Mieter*innenwahl!

Wir werden uns merken,

- dass die CDU und die FDP die Rechte von Mieterinnen und Mieter schmälert.
- dass die Rechte auf Mietminderungen beschnitten werden
- dass der Schutz gegen Kündigung und Wohnungsräumungen gemindert wird!

CDU und FDP wussten, was sie taten, als sie das Mietrechtsverschlechterungsgesetz geschlossen haben.

Alle Sachverständigen haben auf massive Probleme verwiesen.

Es wird wieder Klientelpolitik betrieben: Die Interessen der Vermieterlobby sind wichtiger als die Nöte der Mieter.

CDU und FDP wenden sich nicht den wahren Problemen zu

- keine Lösung für Mieterinnen und Mieter, die wegen explodierender Mietpreise häufig nach Jahrzehnten ihre Wohnungen verlassen müssen
- Wir in Berlin wissen, dass zunehmend mehr Menschen aus dem innerstädtischen Bereich an den Stadtrand ziehen müssen

Lasst uns gemeinsam aufschreiben

- Wir wollen keine Gettos der Reichen
- wir wollen keine Gettos der Armen

Wir wollen ein Mietrecht, welches auch weiterhin bezahlbaren Wohnraum in Deutschland möglich macht.

Wir wollen eine Bundesregierung, die sich auch der Interessen von Menschen mit einem Durchschnittseinkommen annimmt.

Wir wollen eine soziale Stadt, wollen soziale Städte, in denen Menschen unterschiedlicher Einkommen zusammen leben.

Daher fordern wir den heute hier Bundesrat auf, dieses Mietrechtsverschlechterungsgesetz zu stoppen.

Zu unserer Protestaktion haben aufgerufen:

- Mechthild Rawert (SPD),
- Creative Lobby of Future e.V.
- ver.di Landesverband Berlin-Brandenburg,
- SPD Landesverband Berlin
- Ursula Engelen-Kefer, sozialpolitische Sprecherin des SoVD Berlin,
- EVG Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft,
- Ingo Egloff (SPD), MdB,
- Petra Crone (SPD), MdB,
- Wolfgang Hellmich (SPD), MdB
- Dr. Eva Högl (SPD), MdB,
- Rainer Arnold (SPD), MdB,
- Martin Burkert (SPD), MdB,
- Halina Wawzyniak (Die Linke), MdB
- Swen Schulz (SPD), MdB
- Ole Kreins (SPD), MdB
- Kevin Kühnert, Landesvorsitzender der Jusos Berlin

Mechthild Rawert